

N S Wiber

Herrn Oberbürgermeister
Gert-Uwe Mende

82 July n.3.

über Magistrat

und

Herrn Stadtverordnetenvorsteher Dr. Gerhard Obermayr

an

Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen

Der Magistrat

Dezernat für Umwelt, Wirtschaft, Gleichstellung und Organisation

Stadträtin Christiane Hinninger

2 . März 2023

Antrags-Nr. 23-F-63-0018

Sachstand Stellenbesetzung in der Stadtverwaltung Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE. und Volt vom 25.01.2023

Die Vereinte Dienstleistungsgesellschaft (ver.di) und der DBB Deutsche Beamtenbund und Tarifunion schätzen, dass derzeit 360.000 Beschäftigte im öffentlichen Dienst fehlen. Dabei werden sowohl offene Stellen als auch der Personalbedarf aus neuen Aufgaben berücksichtigt. Außerdem wird geschätzt, dass 1,3 Millionen Beschäftigte in den kommenden zehn Jahren in den Ruhestand gehen.

Der Stellenplan gibt eine Übersicht über die benötigten Stellen zur ordnungsgemäßen Ausführung der Aufgaben der städtischen Verwaltung. Unbesetzte Stellen bedeuten, dass Aufgaben eventuell nicht oder nur unzureichend erledigt werden können. Darunter leidet das Bild der öffentlichen Verwaltung. Außerdem belastet das die Beschäftigten, die eventuell die Arbeit der nicht besetzten Stellen erledigen.

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

- Wie viele der im Stellenplan vorgesehenen Stellen sind über einen Zeitraum von 6-12 Monaten, 12 18 Monaten, 18 24 Monate und mehr als 24 Monaten nach Aufnahme in den Stellenplan noch unbesetzt? (Bitte aufschlüsseln nach Dezernaten und Ämtern, Angabe absolut und in Prozent)
- 2) Wie viele der überplanmäßigen Stellen sind derzeit unbesetzt? (Bitte aufschlüsseln nach Dezernaten und Ämtern, Angabe absolut und in Prozent)

/2

- Wie viele befristete Stellen sind derzeit unbesetzt? (Bitte aufschlüsseln nach Dezernaten und Ämtern, Angabe absolut und in Prozent)
 Gemäß SV 21-V-11-4002 wurde im Jahr 2022 laut Statistik und Altersstrukturanalyse
- 4) Gemäß SV 21-V-11-4002 wurde im Jahr 2022 lauf Statistik und Altersstrukturanalyse der Abgang von 230 Mitarbeitenden erwartet. Wie viele Mitarbeitende haben 2022 tatsächlich den Dienst bei der Landeshauptstadt Wiesbaden beendet? (Bitte aufschlüsseln nach Erreichen der Regelaltersgrenze und Fluktuation)

Zu Frage 1 (Antwort durch Dez. I/ 11):

Die nachfolgende Tabelle weist Planstellen aus, die zum Stichtag 27.01.2023 seit Anlegen im Personalmanagementsystem bis heute nicht besetzt wurden. Gelb hinterlegt sind die Gesamtsummen der Dezernate. Einzelne Ziffern in den Dezernaten beziehen sich auf die Dezernatsebene in den Dezernaten.

Dez./Amt	6 bis 12 Monate	13 bis 18 Monate	19 bis 24 Monate	Größer 24 Monate	Gesamt- ergebnis
1	0	17	0	13	30
1	0	0	0	1	1
10	0	1	0	1	2
11	0	5	0	5	10
14	0	2	0	1	3
37	0	4	0	5	9
52	0	4	0	0	4
61	0	1	0	0	1
2	0	5	0	3	8
2	0	0	0	1	1
30	0	1	0	0	1
31	0	0	0	1	1
39	0	0	0	1	1
53	0	4	0	0	4
3	0	3	0	3	6
20	0	0	0	1	1
40	0	3	0	1	4
41	0	0	0	1	1
4	0	12	0	10	22
4	0	1	0	0	1
15	0	2	0	4	6
36	0	4	0	4	8
67	0	5	0	2	7
5	0	9	0	5	14
5	0	1	0	0	1
34	0	2	0	O	2
64	0	5	0	4	10
66	0	1	0	1	2
6	1	109	0	13	123
50	0	4	0	1	5
51	1	105	0	12	121
Gesamt- ergebnis	1	155	0	47	203

Für eine prozentuale Darstellung fehlt es an der Angabe einer Bezugsgröße.

Zu Frage 2:

Der Stellenplan einer Kommune weist gem. § 5 Abs. 1 Satz 1 GemHVO (Gemeindeshaushaltsverordnung) in der Regel die im Haushaltsjahr erforderlichen Stellen der Beamten und der nicht nur vorübergehend eingestellten Arbeitnehmer aus.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden besitzt Stand 12.01.2023 einen Anteil von 432,09 VZÄ (Vollzeitäquivalenten) überplanmäßig Beschäftigter ohne ausgewiesenen Stellenumfang im Stellenplan. Dabei handelt es sich nicht um Planstellen im Sinne des Haushaltsrechts.

Überplanmäßig geschaffene Planstellen zum Stellenplan 2024/2025 gibt es nach Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung Stand heute zwei im Umfang von insgesamt 1,5 VZÄ. Diese Planstellen werden im Falle einer Genehmigung in den Haushaltsplanberatungen im nächsten Stellenplan 2024/2025 geschaffen.

Zu Frage 3:

Befristet geschaffene Planstellen besitzen einen kw-Vermerk (künftig wegfallend). Von 98 Planstellen mit kw-Vermerk sind aktuell 47 Planstellen nicht besetzt. Das Streichen einer Planstelle mit einem kw-Vermerk kann nur im Falle einer nicht erfolgten Besetzung zu Beginn eines Doppelhaushalts erfolgen. Besetzte Planstellen, bei denen der Zeitraum der Gültigkeit ausgelaufen ist, werden nicht gestrichen.

Zu Frage 4 (Antwort durch Dez. I/ 11):

Bei der Kernverwaltung haben in 2022 128 Mitarbeitende aus Altersgründen die Stadt verlassen. 279 Personen haben gekündigt oder sind aus sonstigen Gründen ausgeschieden.

Mit freundlichen Grüßen

Christiane Hinninger

Stadträtin